

<b>Thomas de Courten</b>	<b>Thomas Weber</b>	<b>SVP Baselland</b>	<b>Hanspeter Weibel</b>	<b>Thomas de Courten</b>
Der Wahlkampf 2023 hat bereits begonnen	100 Jahre landwirtschaftliche Bildung	Abstimmungsempfehlungen	Das Klima im Landrat	Der Kampf gegen die Bürokratie
<b>Seite 2</b>	<b>Seite 3</b>	<b>Seite 4</b>	<b>Seite 6</b>	<b>Seite 7</b>

# Für ä starks Baselbiet – Ja zur Steuervorlage 17



Von Toni Lauber

Am kommenden 24. November entscheiden die Baselbieter Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über die Steuervorlage 17 (SV17). Die SVP Baselland empfiehlt den Stimmberechtigten, ein Ja in die Urne zu legen.

## Um was geht es?

Die vorteilhafte Besteuerung von bestimmten Unternehmen (Statusgesellschaften), welche die Schweiz in der Vergangenheit praktizierte, wird international nicht mehr akzeptiert. Deshalb müssen die Schweiz und die Kantone ihr

## GAST-KOMMENTAR

Unternehmenssteuerrecht anpassen. Der Bund hat vorgelegt: Im Mai hat das Schweizer Stimmvolk das Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) klar angenommen. Jetzt sind die Kantone am Zug. Mit der Steuervorlage 17 liegt ein Vorschlag zur Umsetzung der Reform in Basel auf dem Tisch, welcher unserem Kanton neuen Schub verleiht. Bei einem Ja stösst das Baselbiet unter die Top 5 der Unternehmensstandorte in der Schweiz vor, ohne dabei seinen finanziellen Handlungsspielraum zu verlieren. Deshalb hat der Landrat der Vorlage mit rund 70 Prozent klar zugestimmt und Ja gesagt zu einem attraktiven Baselbiet.

## Faire Steuern für alle

Neu wird es für alle Unternehmen einen einheitlichen Gewinnsteuersatz von 13,45 Prozent geben. Von diesem profitieren in erster Linie die KMU, die heute maximal 20,7 Prozent versteuern. Sie werden künftig also weniger Steuern zahlen. Für internationale Unternehmen, welche keine Forschung und Entwicklung betreiben, steigt dagegen der Gewinnsteuersatz von heute 10 bis 11

Prozent auf 13,45 Prozent. Sie werden somit mehr Steuern zahlen als heute.

## Innovatives Baselbiet

Die Steuervorlage 17 setzt zudem einen steuerlichen Anreiz für Forschung und Entwicklung (F&E): Mit der Einführung einer Patentbox werden Erträge aus Patenten und vergleichbaren Rechten steuerlich entlastet. Für Forschung und Entwicklung ist ein zusätzlicher Abzug von 20 Prozent vorgesehen. Damit wird der Forschungs- und Innovationsstandort Baselland nachhaltig gestärkt.

## Sozialer Ausgleich

Die Steuerreform entlastet aber nicht nur Baselbieter Unternehmen, sondern auch die Einwohnerinnen und Einwohner in unserem Kanton: Der Steuerabzug für Kinderdrittbetreuungskosten wird um 4'500 Franken auf 10'000 Franken pro Kind erhöht. Zudem werden die individuellen Prämienverbilligungen, kurz IPV, substanziell angehoben. So erhalten Alleinstehende mindestens 10 Prozent mehr an Prämienverbilligungen, Familien mit zwei Kindern mindestens 12 Prozent und Alleinerziehende mit zwei Kindern mindestens 14 Prozent mehr. Insgesamt hat der soziale Ausgleich einen Mehraufwand von bis zu 19 Millionen Franken zur Folge.

### Finanziell vernünftige Lösung

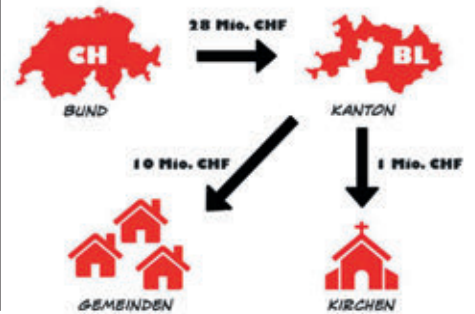
Mit seiner Steuerreform geht der Kanton Basel-Landschaft bewusst nicht ans Limit. Erstens schöpft er die Möglichkeiten, die der Bund vorgibt, nicht vollständig aus. Das Baselbiet senkt zwar den Gewinnsteuersatz deutlich, ist aber bei der Ausgestaltung der Abzüge zurückhaltend. Damit resultiert eine massvolle Positionierung in der Mitte der Kantone der Region Nordwestschweiz. Zweitens erfolgt die Senkung des Gewinnsteuersatzes nicht in einem Schritt: Mit Rücksicht auf den kantonalen Finanzhaushalt und die Auswirkungen auf die Gemeinden und die Landeskirchen erfolgt die Senkung gestaffelt über einen Zeitraum von fünf Jahren. Erst ab 2025 gilt der Gewinnsteuersatz von 13,45 Prozent.

Um die Steuervorlage 17 finanzieren zu können, erhöht der Bund den Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer. Dadurch erhält der Kanton Basel-Landschaft ab dem Jahr 2020 jährlich rund 28 Millionen Franken an zusätzlichen Mitteln. Davon gehen rund 10 Millionen Franken an die Gemeinden und rund 1 Million Franken an die Landeskirchen. Dadurch ist die Steuervorlage 17 sowohl für die Gemeinden als auch für die Landeskirchen finanziell tragbar.

### Ein JA für ein starkes Baselbiet

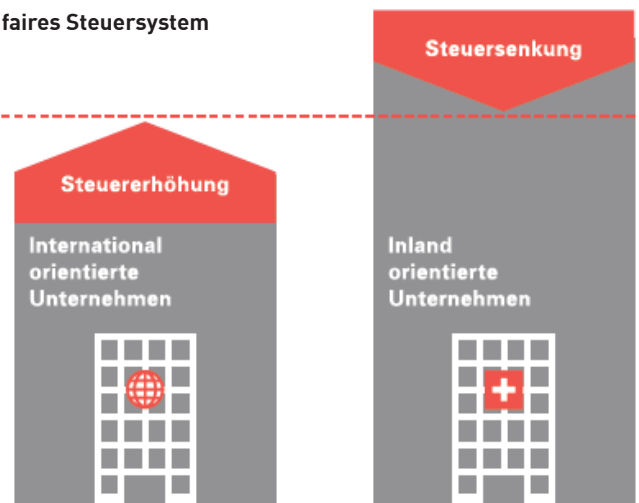
Mit der Umsetzung der Steuerreform positioniert sich unser Kanton als attraktiver Wohn- und Wirtschaftsstandort. Gemäss einer Studie der Credit Suisse macht der Kanton Basel-Landschaft bei Annahme der Steuervorlage 17 bei der Standortattraktivität für Unternehmen einen markanten Sprung nach vorne. Mit dem neuen Gewinnsteuersatz verbessert er sich ab 2025 um sechs Ränge vom elften auf den fünften Platz. Unser Baselbiet steigt also in die Top 5 der

Schweiz auf – nutzen wir diese Chance und sagen wir Ja zur Steuervorlage 17!



### Mehr Steuergerechtigkeit – faires Steuersystem

Neu gleiche Steuersätze für alle Unternehmen



## Der Wahlkampf 2023 hat bereits begonnen



Von Thomas de Courten, Nationalrat

Ja, man könne halt nicht immer gewinnen. Wir seien ja immer noch stärkste Partei. Bei diesem Klima-Hype und der

völlig darauf fokussierten veröffentlichten Wahrnehmung, sei mehr bei diesen Wahlen nicht möglich gewesen. Solches und ähnliches habe ich nach dem 20. Oktober 2019 immer wieder gehört. Es tönt ein wenig nach Entschuldigung, nach Relativierung, nach «alles nicht so schlimm» und «das Pendel schlägt beim nächsten Mal wieder anders aus». Es tönt aber vor allem nach Ausrede und Beschönigung. Denn eines lässt sich nicht weg reden, oder unter den Tisch kehren. Die SVP hat bei der Neubesetzung des eidgenössischen Parlamentes deutlich an Gewicht verloren. Allein im Nationalrat 12 Sitzverluste für die SVP bei fast 4% Verlust an Wähleranteil. Zusammen mit den Sitzverlusten von FDP und CVP sind es gar 18 Sitze weniger für das bürgerliche Lager. Die politische Balance ist damit sehr deutlich ins Links-grüne Lager gerutscht.

Und das in einer bevorstehenden Legislatur, in der es in den nächsten vier Jahren um nichts weniger geht als die

Freiheit, Sicherheit und Unabhängigkeit der Schweiz. Vor den Wahlen haben alle Schalmeien noch von einer Nachverhandlung des institutionellen Rahmenabkommens geflötet. Ich wette darauf, das wird sich nun sehr rasch ändern. Ein Abkommen, das in Wahrheit nichts anderes als eine Unterwerfung der Schweiz gegenüber der EU in den Bereichen Aussenhandel, Verkehr, Landwirtschaft und – mit der Personenfreizügigkeit – auch für Arbeitsmarkt und Sozialversicherungen beinhaltet. Unter völliger Missachtung von Verfassung und Volkswille. Uns fehlen nun im Parlament die Kräfte, um dagegen zu halten.

In der neuen Legislatur wird auch über die Armee, die Lufthoheit, über bodengestützte Fliegerabwehr und neue Kampffjets entschieden. Vor den Wahlen waren alle begeistert, mit welchem Elan die neue Frau Bundesrätin Amherd die Dossiers anpackt. Ich wette darauf, das wird sich nun sehr rasch ändern. In

der Euphorie des Wahlsieges wird mit Sicherheit die Forderung erhoben, die neuen Kampfjets dürften – mit dem Ziel die Beschaffung zu verhindern – wegen des Klimas höchstens mit Solarzellen, oder Biogas, im Slalom um all die neuen Windpark-Masten der Schweiz jettieren. Ganz zu schweigen, von allen neuen Klimasteuern, -abgaben und Umverteilungslasten, die besonders den Mittelstand und unsere KMU treffen werden. Um auf alle klima-begründeten neuen Bevormundungen und Verbote einzugehen, fehlt hier der Platz. Und im Parlament fehlen uns nun die Kräfte, um dem entgegenwirken.

In der kommenden Legislatur geht es ganz zentral auch um unsere Renten. Um unsere Altersvorsorge. Um Gesundheitsversorgung und soziale Sicherheit. Den ungebremsen Ausbau des Sozialstaates und die damit wachsende Anspruchshaltung jedwelcher Interessengruppen, die wir in den letzten Jahrzehnten nur finanzieren konnten, weil der Wirtschaftsmotor brummte, will die linksgrüne Parlamentsseite – darauf wette ich auch – garantiert fortsetzen

– ohne Rücksicht darauf, wer all das finanzieren soll. Es wird die kommenden Generationen treffen, denn heute schon fehlen AHV, IV und EL Milliarden. Die Sozialhilfekosten aus dem Asylwesen, die der Bund in den kommenden Jahren auf Kantone und Gemeinden abwälzen wird, sind noch nicht dazu gerechnet. Aber auch im sozialen muss jeder ausgegebene Franken zuerst dem Bürger aus der Tasche gezogen werden. Und auch hier fehlen uns die Kräfte, um im Parlament dagegen zu halten.

Alle «Mehr war nicht zu machen»- oder «alles nicht so schlimm»-Ausreden zählen deshalb nicht. Nun zurückzulehnen, in der Meinung, jetzt sei alles vorbei, geht schon gar nicht. Wir haben verloren. Punkt. Entscheidend ist jetzt, sich wieder aufzurappeln und neu loszulegen. Wenn wir im Parlament keine Blumentöpfe mehr gewinnen, müssen wir vor's Volk. Das bedingt nicht nur, dass wir dort wieder Sympathien für unsere Werte und Anliegen finden. Das bedingt vor allem einiges mehr an Knochenarbeit, Präsenz und noch viel mehr Engagement unsererseits.

Klimapolitisch verbiegen brauchen wir uns dafür nicht. Unsere oben genannten Themenfelder sind genauso wichtig und mindestens so bürgerrelevant. Ich, und ich bin überzeugt auch in Sandra Sollbergergers Namen sprechen zu dürfen, werden alles geben, um das in uns gesetzte Vertrauen und die uns übergebene Verantwortung in diesem Sinne zu rechtfertigen.

Wir waren im Baselbiet seit dem Frühjahr vorgewarnt. Und haben es trotz altem Engagement nicht geschafft, mehr unserer Anhänger an die Urne zu bewegen. An dieser Stelle sei all jenen Helferinnen und Helfern, allen Chargierten und Freiwilligen ganz herzlich gedankt, die mit viel Herzblut, Freizeit und persönlichem Einsatz aktiv mitgeholfen haben, immerhin das erzielte Resultat zu erreichen. Wir haben jetzt vier Jahre Zeit, um dieses Resultat zu korrigieren. Das gelingt aber nur, wenn wir heute beginnen, nicht erst in dreieinhalb Jahren. Denn nach den Wahlen ist vor den Wahlen. Und das gilt nun ganz besonders für uns bei der SVP. Packen wir es an!

## 100 Jahre landwirtschaftliche Bildung Baselland



*Von Regierungsrat Thomas Weber  
Vorsteher der Volkswirtschafts-  
und Gesundheitsdirektion  
des Kantons Basel-Landschaft*

1919, unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg, nahm die landwirtschaftliche Ausbildung im Baselbiet ihren Anfang. 100 Jahre: Eine lange Zeit mit vielen

Veränderungen, Krisen und neuen Möglichkeiten ist seither vergangen. Die Hauptträger der landwirtschaftlichen Arbeit auf dem Feld und im Stall waren vor 100 Jahren Tiere und Menschen, noch kaum Maschinen.

Die Mechanisierung stand vor der Tür. Wurde sie als Bedrohung, oder eher als Chance gesehen? Wann und wie setzte sie sich durch? Das vergangene Jahrhundert ist eindrücklich dargestellt im Buch «Zukunft säen – 100 Jahre landwirtschaftliche Bildung Baselland»<sup>1</sup> von Lukas Kilcher und Peter Moser.

1919 war die Bedeutung der Ernährungssicherheit nach den entbehrungsreichen Kriegsjahren allen bewusst, in der Stadt mindestens so sehr, wie auf dem Land. Wie ist das heute? Der Ernährungsartikel in der Bundesverfassung wurde deutlich angenommen, die Nachfrage nach regionalen und saisonalen gesunden Produkten auf dem Teller steigt. Gleichzeitig wird die pro-

duzierende Landwirtschaft unter Druck gesetzt: Der Bauer muss sich für alles rechtfertigen, Ansprüche an Biodiversität, Tierwohl, Ressourcenschutz steigen. Man kann das durchaus positiv sehen, solange der Produzentenpreis alles auch angemessen abdeckt. Dass es nicht so ist, wissen wir leider alle. Ich glaube, dass die Abhängigkeit und das Ausgeliefert sein an einzelne Abnehmer oder Geldgeber das Schlimmste ist, was einer Bauernfamilie passieren kann.

Bauern heisst für mich im Grundsatz: «Als Familie auf eigenem Grund und Boden im Einklang mit der Natur und der Gesellschaft mit eigenem Einsatz unternehmerisch erfolgreich sein.» Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es auf allen Stufen eine Aus-, Fort und Weiterbildung, die die Landwirtinnen und Landwirte befähigt, in Zukunft Erfolg zu haben, eine Bildung, die Wissen und Können, Selbstbewusstsein und Berufsstolz vermittelt.

Der Ebenrain bietet diese Bildung an. Er war ein Pionier beim Zusammengehen von Landwirtschaft und Natur, bei der nachhaltigen Sicherung unserer Ernährungsbasis. Sein heutiger Name Ebenrain – Zentrum für Landwirtschaft, Natur und Ernährung drückt genau dies aus. Nur zusammen geht es: gesunde Ernährung im bestmöglichen Einklang von Landwirtschaft und Natur. Ein Bauer – wie auch ein Förster – der nur auf kurzfristigen Erfolg aus ist, wird untergehen. Nachhaltig handeln, so dass die Interessen und der Handlungsspielraum der künftigen Generationen gewahrt werden, liegt dem Bauernstand im Blut.

So wie 1919 die Mechanisierung und die Kriegsgefahr zentral waren, sind heute die Digitalisierung, der Klimawandel, oder der Welthandel Themen, mit denen sich die landwirtschaftliche Bildung, wie auch die Agrarpolitik befassen. Die «AP 22+» soll allen ein Ansporn sein, noch unternehmerischer zu sein, immer wieder Ideen zu entwickeln und vor allem: sich aus einseitigen Abhängigkeiten zu lösen. Es gilt:

#### **Strukturerhaltung ist keine Strategie – und Jammern ist keine Strategie**

Auch im Zeitalter von Industrie 4.0 und Digitalisierung: Der Mensch ist und bleibt der Mensch 1.0 (manche meinen: 0.1), der Mensch, dessen Stoffwechsel

der gleiche ist und bleibt wie vor Jahrtausenden. Er braucht auch in Zukunft Sauerstoff, Wasser und Nahrungsmittel. Er braucht die Bauern! Der Bauernverband schreibt zu Recht «Wahrscheinlich brauchst Du mindestens einmal im Leben einen Arzt, einen Anwalt, einen Polizisten, oder einen Pfarrer. Doch wenn Du leben willst, brauchst Du dreimal am Tag einen Bauern.»

Die Baselbieter Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion setzt sich aus verschiedenen Überlegungen für eine nachhaltig produzierende Landwirtschaft ein. In der neuen Langfristplanung des Regierungsrats ist dies so formuliert:

«Der Regierungsrat will die Lebens- und die Produktionsräume von Wald und Offenland in ihren Grundfunktionen für künftige Generationen erhalten.»

#### **Der produzierenden Landwirtschaft eine nachhaltige Perspektive eröffnen:**

«Digitaler Technologiewandel und Klimaveränderungen betreffen die Land- und Ernährungswirtschaft stark; sie bergen Chancen und Risiken. Die Abnahme der landwirtschaftlichen Nutzfläche bei gleichzeitigem Bevölkerungswachstum senkt den Selbstversorgungsgrad laufend. Ein haushälterischer Umgang mit dem Kulturland und dessen Schutz sowie Produktivitätssteigerungen gewinnen an Bedeutung.

Die potenziellen Konflikte zwischen Landwirtschaft, Lebensmittelproduktion, Naturförderung, Naturschutz, Erholung, Wohnen, Wirtschaftsflächen und Verkehrsinfrastruktur erfordern laufend eine sorgsame Interessenabwägung. Die Verfügbarkeit der Ressource Wasser wird immer wichtiger. Im Rahmen der Wasserstrategie Basel-Landschaft sind wirtschaftliche Lösungen für Bewässerungssysteme und/oder wassersparende landwirtschaftliche Produktionsmethoden aufzuzeigen.»

Die Produktion ist also im Regierungsprogramm verankert, wie auch die Themen Ressourcenschonung und Biodiversität. Grundlage für die Umsetzung ist entsprechendes Wissen zu Landwirtschaft, Natur und Ernährung, vermittelt durch solide berufliche Grundausbildung, stetige Fortbildung und gezielte Weiterbildungsmöglichkeiten. Dazu gehört auch eine selbstbewusste und manchmal ruhig auch etwas provozierende und zum Nachdenken anregende Öffentlichkeitsarbeit. Unsere Landwirtinnen und Landwirte sollen mit Stolz sagen können, wie es auf manchen alten Baselbieter Kachelöfen noch steht:

**«Buurestand – der höchst im Land!»**

<sup>1</sup> «Zukunft säen. 100 Jahre landwirtschaftliche Bildung Baselland», Kilcher Lukas / Moser Peter, ISBN 978-3-85673-805-1, Verlag des Kantons Basel-Landschaft, 2019

## **Abstimmungsempfehlungen der SVP Baselland**

**NEIN** zur nichtformulierten **Volksinitiative «Ergänzungsleistungen für Familien mit geringen Einkommen»** vom 23. November 2017

**NEIN** zum **Gegenvorschlag des Landrates**

**STICHFRAGE: Gegenvorschlag des Landrates**

**JA** zur **Änderung des Steuergesetzes vom 6. Juni 2019 (Steuervorlage 17, SV17)**

**JA** zum **Staatsbeitragsgesetz** vom 27. Juni 2019

**JA** zum **Gegenvorschlag des Landrats** vom 28. Februar 2019 zur (zurückgezogenen) nichtformulierten **Volksinitiative «Niveaugetrennter Unterricht in Promotionsfächern»** vom 21. November 2013

**JA** zur **Änderung des Bildungsgesetzes** vom 27. Juni 2019 (Umsetzung der nichtformulierten Volksinitiative «Stopp dem Verheizen von Schüler/-innen: Ausstieg aus dem gescheiterten Passepartout-Fremdsprachenprojekt» vom 28. April 2016)

**JA** zu **Ziffer 1** des Landratsbeschlusses vom 31. Januar 2019 zur **Anpassung des Kantonalen Richtplans betreffend Oberwil, Ausbau Langmattstrasse**

**Wir wählen Daniela Schneeberger in den Ständerat!**



In den  
Ständerat  
[www.danielaschneeberger.ch](http://www.danielaschneeberger.ch)

Daniela

Schneeberger



24. November 2019

Jetzt erst recht!

# Das Klima im Landrat



Von Hanspeter Weibel,  
Landrat SVP, Präsident Geschäfts-  
prüfungskommission

In der neuen Legislatur, die nach den Wahlen im Frühjahr am 1. Juli 2019 begonnen hat, sind zwischenzeitlich mehrere Landratssitzungen abgehalten worden. Hatte die SVP vor vier Jahren Proporzglück und gewann damit 3 zusätzliche Sitze, verloren wir bei den Wahlen im Frühjahr 2019 wegen ausgesprochenem Proporzpech 3 Sitze. Zudem kamen noch die Abgänge zahlreicher politischer Schwergewichte aufgrund der Amtszeitbegrenzung. Die Querelen in Allschwil waren auch nicht hilfreich und haben uns aufgrund der neu gegründeten Partei der Ausgeschlossenen mind. einen weiteren Sitz gekostet.

Die Folgen der Klimadiskussionen und die Omnipräsenz dieses Themas in den Medien haben v.a. das grüne Lager gestärkt. Monothematisch und links.

Seit 2010 bin ich im Landrat und ja, die neue Zusammensetzung zeigte sich schon in den ersten Sitzungen. Die Frage der Effizienz und der zentralen Aufgabe eines Parlamentes muss ich mir nicht mehr stellen, denn sie ist aus subjektiver Sicht eines Unternehmers schnell beantwortet: Viel heisse Luft. Haben wir in der Vergangenheit gefühlt jede dritte Sit-

zung intensiv über operative Probleme von Lehrpersonen diskutiert, dreht sich nun gefühlt jedes 3. Anliegen darum, wie der Kanton Baselland mittels Klimaschutzmassnahmen die Welt retten kann. Dass diese Diskussionen weitgehend faktenbefreit und ideologisch ablaufen, muss man einfach zur Kenntnis nehmen. Meine Anfrage, wie denn der Erfolg irgendeiner dieser Massnahmen zur Senkung des CO<sub>2</sub> gemessen werde, konkret, wo denn im Kanton Baselland diese Messstationen stehen, gab es eine offizielle Stellungnahme des Lufthygieneamtes beider Basel: In Hawaii (Mau-na Loa) und auf dem Jungfrauoch! Der Wert für den Kanton Basel-Landschaft wird dann alle 2 Jahre mittels eines Computer-Modells (Schätzverfahren!) heruntergerechnet. Gemäss diesem Modell hat der CO<sub>2</sub> Ausstoss pro Kopf im Kanton seit 1990 rund 20% abgenommen. Man merke: Gerechnet und nicht gemessen!

Und vor diesem Hintergrund fordert dann die SP, die offenbar die Grünen noch irgendwie überholen will, dass der Kanton BL bis 2030 eine Netto-Null-CO<sub>2</sub> Bilanz aufweisen müsse. Und damit dies auch wirklich schwierig wird, verhindert der VCS, die Kampfeinheit der Grünen und Roten, einen Ausbau der Pannestreifenutzung auf der A3. Besonders bemüht ist die Diskussion dann, wenn man feststellen muss, dass der Fraktionspräsident der Grünen in seiner Funktion als Mitglied des Obergerichtes über die Basellandschaftliche Kantonalbank mittels nicht deklarierten Mandaten offenbar mehr als 2 Mio.

in die eigenen Taschen geschaufelt hat. Kaum werden ihm diese Mandate nicht mehr gewährt, zieht er über die Bank, die er vorher über den grünen Klee gelobt hat und über den neuen CEO her. Es gilt die (Un-)schuldsvermutung.

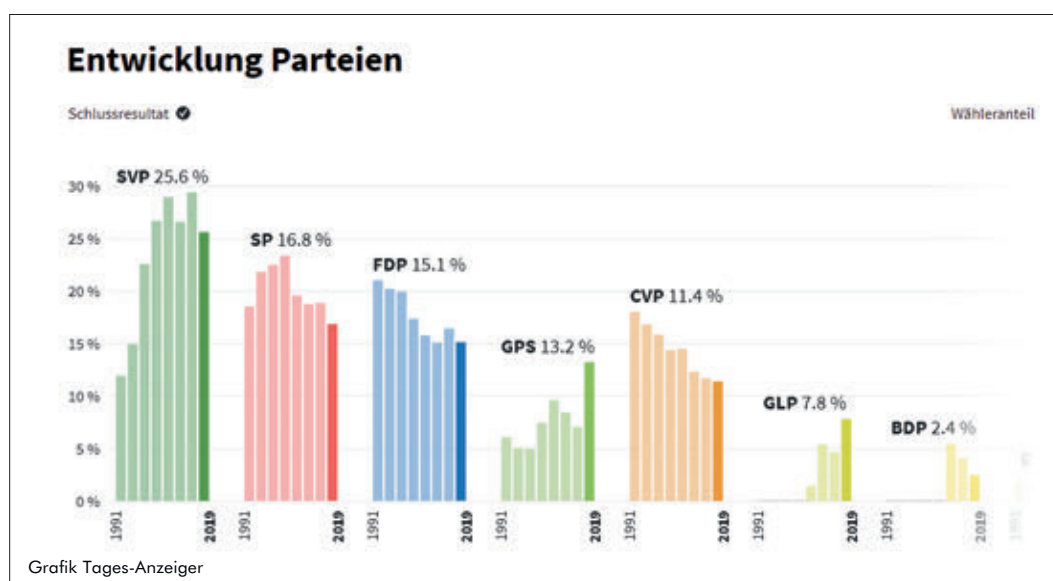
Dazu kommen laufend Forderungen, deren Bedeutung für unsere Bürger im Alltag sich mir nicht erschliesst: Genderfragen, Vaterschaftsurlaub für Kantonsangestellte, Verbannung von Plastik, Waldstressmotion, Statistik zu LGBTIQ\*-feindlichen Aggressionen. Da wird es dann im Landrat ganz schwierig, einen kühlen Kopf zu bewahren und zu hoffen, dass die Stimmbürger baldmöglichst realisieren, wen sie da ins Parlament gewählt haben.

Lichtblick? Die National- und Ständeratswahlen vom 20. Oktober stellen in diesem Sinne keinen Lichtblick dar. Was bei olympischen Spielen anerkannte Methode zur Festlegung der Sieger ist\*, verkommt nach einer Wahl in den Medien zu Schlagzeilen, die völlig vergessen machen, dass die SVP immer noch als erste über die Ziellinie – diesmal wohl eher gekrochen als gelaufen – ist. Auch wenn die Grünen kräftig Gas gegeben haben; die lederne Medaille wird in unseren Medien abgefeiert. Der Alltag hat uns wieder.

Haben Sie am 20. Oktober nicht gewählt? (Die links-grünen danken Ihnen für die Unterstützung).

Am 24. November gilt es, Daniela Schneeberger in den Ständerat zu wählen. Tun Sie es. Sie könnten sich und diesem Kanton einen Gefallen machen.

\*Hier die Siegerliste der letzten 28 Jahre:



# Der Kampf gegen die Bürokratie, eine Sisyphusarbeit!



Von Thomas de Courten, Nationalrat

Im März 2017 hat der Nationalrat auf meinen Antrag hin den Bundesrat beauftragt zu prüfen, wie unsere kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) von behördlichen Dokumentations- und Archivierungsvorschriften durch Koordination und Datenaustausch unter den zuständigen kantonalen und Bundesbehörden entlastet werden können. Letzte Woche, 2 ½ Jahre nach diesem Auftrag, wurden erste Resultate publik. Zuerst musste sich der Bundesrat selbst einen Überblick über bestehende Dokumentations- und Archivierungsvorschriften verschaffen. Er hat dazu eine Umfrage bei seinen Departementen durchgeführt. Die Bundesämter haben daraufhin sage und schreibe 194 (!) verschiedene Dokumentations- und Archivierungsvorschriften zusammengetragen, wobei kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben wurde. Das geht von A wie Arbeitszeitkontrollen über Steuer- und Rechnungslegungsvorschriften bis zu Z wie Zolldeklarationen. In all diesen bürokratischen Dokumentations- und Archivierungspflichten ist noch nicht einmal berücksichtigt, was in Bewilligungsverfahren,

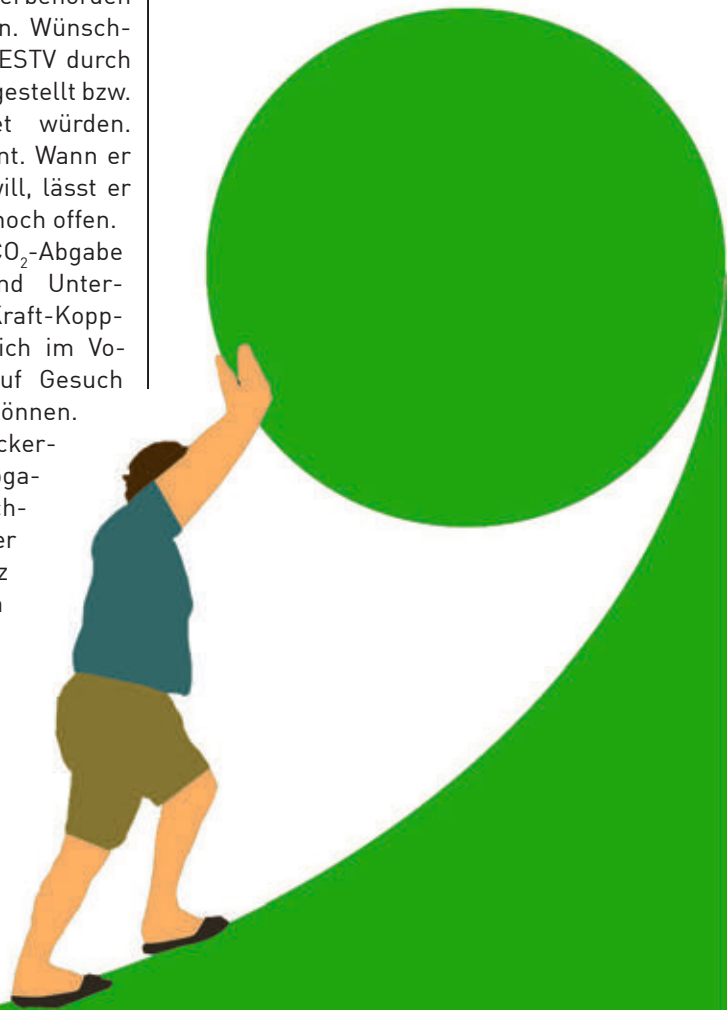
Deklarationsvorschriften, Meldepflichten und Kontrollauflagen unseren KMU tagtäglich sonst noch alles an Hürden und Lasten auferlegt wird.

Das Ausmass, das diese für die KMU unproduktive Bürokratie mittlerweile angenommen hat, ist an sich schon erschreckend. Noch erschreckender ist, dass der Bundesrat und seine Bundesämter offenbar nur sehr geringes Korrekturpotential verorten. Gerade einmal bei 29 der 194 Vorschriften schlägt der Bundesrat mögliche Lockerungen, oder Vereinfachungen vor. Bürokratie-Abbau-Enthusiasmus ist, trotz gegenteiliger Versprechen des Bundesrates, kaum zu spüren.

Die Ansätze wären vorhanden: Beispielsweise dort, wo die Jahresrechnungen der KMU den eidgenössischen und den kantonalen Steuerbehörden eingereicht werden müssen. Wünschbar wäre, wenn diese der ESTV durch die Kantone zur Verfügung gestellt bzw. elektronisch weitergeleitet würden. Der Bundesrat hat's erkannt. Wann er das gesetzlich umsetzen will, lässt er allerdings vorsichtshalber noch offen. Oder dort, wo von der CO<sub>2</sub>-Abgabe befreite Unternehmen und Unternehmen, die Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen betreiben, sich im Voraus bezahlte Abgaben auf Gesuch hin rückerstatten lassen können.

Heute müssen für die Rückerstattung die bezahlten Abgaben durch Vorlage von Rechnungskopien, auf denen der angewendete Abgabesatz vermerkt ist, oder mit dem Formular «Veranlagungsverfügungen Einfuhr» nachgewiesen werden. Die Zollverwaltung hat's erkannt. Ein Verzicht auf die systematische Vorlage der Rechnungen über die bezahlten Abgaben soll mit der Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes vorgeschlagen werden.

Der Kampf gegen die Bürokratie bleibt ein steiniger und langer Weg. Es wird noch sehr viel Beharrlichkeit und Ausdauer brauchen, um endlich Breschen in unseren Schweizer Vorschriften- und Regulierungsdschungel zu schlagen, die unseren KMU wieder Luft verschaffen, damit sie ihrer produktiven Arbeit nachgehen können. Konsequenter ist durchzusetzen, dass Datenerhebungen im Behördenverkehr nur einmal statt doppelspurig durch jede Behörde immer wieder einzeln erhoben werden. Und, dass diese Daten dann in einer Stammdatenverwaltung von den Ämtern gemeinsam und koordiniert genutzt bzw. bewirtschaftet werden. Das wäre dann einmal ein konkreter und realistischer Digitalisierungsnutzen für unser KMU.







## Lassen Sie sich den Flash per E-Mail liefern!

Immer mehr Mitglieder möchten den Flash nur noch per E-Mail erhalten und sind begeistert davon! Ab der nächsten Ausgabe des *Flash* haben auch Sie die Möglichkeit, die Zeitung per Mail zu erhalten!

### Das hat folgende Vorteile

- Sie können die jeweiligen Ausgaben bequem in einem Ordner auf Ihrem PC, iPad, oder iPhone speichern.
- Sie haben immer alle Ausgaben dabei und können so jederzeit etwas nachlesen, das Sie interessiert.
- Sie sparen Platz, da sie die Papiausgaben nicht irgendwo sammeln müssen.
- Die Partei spart Geld, das sie nicht für Druck und Porti ausgeben muss.

Teilen Sie einfach Ihre Mail-Adresse der Geschäftsstelle, [info@svp-bl.ch](mailto:info@svp-bl.ch) mit, wenn Sie den *Flash* in Zukunft per Mail erhalten möchten. Die Druckerei wird auch den Versand per Mail übernehmen.

*Vielen Dank für Ihre Mithilfe. Geschäftsstelle SVP Baselland*

## Haben Sie eine neue Adresse?

Wenn ja, wünschen wir Ihnen alles Gute am neuen Domizil. Wir sind dankbar, Ihre neue Adresse zu erfahren, damit wir sie notieren und Sie weiterhin mit unserem Flash bedienen können.

### Adressänderungen

bitte der Geschäftsstelle melden.  
[info@svp-bl.ch](mailto:info@svp-bl.ch)  
 Telefon 061 421 86 21



## Termine

10.12.2019 SVP bi de Lüt, ab 19:30 Uhr  
 Restaurant Kaserne, Kantinenweg 6, 4410 Liestal

## Impressum/Kontakt

Flash ist das Infoblatt der SVP Baselland. Annahmeschluss für Beiträge: jeweils am 20. des Vormonats.  
 Redaktion: [flash@svp-bl.ch](mailto:flash@svp-bl.ch), Druck: Schaub Medien AG, Liestal.  
 Adressänderungen an Geschäftsstelle SVP Baselland, 4410 Liestal, oder per Mail an: [info@svp-bl.ch](mailto:info@svp-bl.ch)  
 Telefon 061 421 86 21 / Fax 061 421 86 22 / [www.svp-bl.ch](http://www.svp-bl.ch)

